

KOMMENTAR

Daran werden wir die Politik messen

Bereits in der Juli-Ausgabe der DP haben wir angekündigt, dass wir in der parlamentarischen Sommerpause in diesem Bundestagswahljahr mehr denn je mit der Politik im Gespräch bleiben werden. Konkret bedeutet das, dass wir alle demokratischen Parteien zum Sommergespräch gebeten haben.

Andreas Roßkopf

Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei

Politische Sommergespräche haben hierzulande eine lange Tradition. In den 1980er-Jahren startete das ZDF eine Sendereihe mit sogenannten Sommerinterviews. Darin wurden die Spitzenpolitiker der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu den wichtigsten Fragen der aktuellen Politik befragt. Seitdem haben auch verschiedene andere Fernseh- und Hörfunksender sowie Printmedien das Konzept „Sommerinterview“ eingeführt.

Ziel unserer GdP-Sommergespräche wie bei den aus Funk und Fernsehen bekannten Formaten: gemeinsam mit den Politikerinnen und Politikern auf die zu Ende gehende Legislaturperiode zurückzublicken, zu schauen, was erreicht wurde und was vielleicht auch nicht. Ihnen zu zentralen Themen auf den Zahn zu fühlen um herauszufinden, wie sich die Parteien nach der Bundestagswahl positionieren wollen. Eine Orientierung zu bieten in der bunten Parteienlandschaft.

Was war gut? Was nicht?

In der Rückschau sehen wir sehr vieles, was in den vergangenen vier Jahren auf GdP-Initiative hin politisch erreicht werden konnte. Man denke nur beispielsweise an das GdP-Seehofer-Programm. Oder an die Hebungen im Tarif. Oder – um ein drittes Beispiel in dieser langen Reihe an Erfolgen zu nennen – die

zweimalige Erhöhung der Polizeizulage. Allerdings: Bei allen positiven Entwicklungen gibt es auch wichtige Punkte, die nicht erreicht worden sind. So begrüßenswert beispielsweise die erwähnte Erhöhung der Polizeizulage ist – dies kann nur ein erster Schritt sein. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Polizeizulage endlich wieder ruhegehaltstauglich wird. Und dann ist da natürlich noch die „Baustelle“ Novelle Bundespolizeigesetz. In unseren Augen haben eine schlechte Vorbereitung und eine offenbar völlig unzureichende Kommunikation im Vorfeld zwischen den Verantwortlichen im Bundestag und den Ländern zum Scheitern geführt. Hier erwarten wir, dass die Ausgestaltung des Gesetzes sehr zeitnah nach der Konstituierung angegangen wird und wir bereits zu Beginn der neuen Legislaturperiode endlich ein modernes und den Anforderungen der Bundespolizei entsprechendes Gesetz haben. Schließlich gibt es mit dem vorliegenden Gesetzentwurf bereits eine gute Grundlage, auf der aufgebaut werden kann. Abseits unserer Sommergespräche hat Thorsten Frei, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, uns in dieser Sache bereits von seiner Seite Zustimmung signalisiert.

Was klar ist: Er wird sich in der neuen Legislaturperiode an seinen Aussagen ebenso messen lassen müssen wie unsere Sommergesprächspartnerinnen und -partner. Für die Sommergespräche standen uns die Innenaus-

schussvorsitzende Andrea Lindholz von der CSU, Dr. Irene Mihalic, die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und die Vizepräsidentin des Bundestags, Petra Pau von der Fraktion Die Linke, Rede und Antwort, ebenso wie Michael Brand, der Berichterstatter der CDU für die Bundespolizei, Uli Grötsch, der stellvertretende innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion sowie Konstantin Kuhle, der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion. Ihnen allen haben wir die folgenden fünf zentralen Kernfragen gestellt:

1. Wiedereinführung der Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeizulage – ja oder nein?
2. Sind Sie für einen Kaufkraftausgleich für Hochpreisregionen?
3. Wenn es nach Ihnen ginge: Wann wird die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf Tarifniveau abgesenkt?
4. Können Sie uns drei konkrete Punkte nennen, wie Sie die Attraktivität des Tarifbereichs in der Bundespolizei steigern möchten?
5. Wie stehen Sie zur Unterbringung der Bundespolizei in angemessenen und modernen Dienststellen und zu einer Verpflichtung der BImA und DB zur schnellen Umsetzung?

Auf der folgenden Doppelseite haben wir die Antworten unserer Gesprächspartnerinnen und -partner übersichtlich und transparent nebeneinander gestellt. Einige Antworten mussten für diese Übersicht gekürzt werden. Alle Sommergespräche in Originallänge findet ihr aber auch auf www.gdp-bundespolizei.de. ■





GdP-Sommersgespräche

Ende dieses Monats ist Bundestagswahl. Wir haben mit Vertreterinnen und Vertretern aller demokratischen Parteien darüber gesprochen, wie sie zu aktuellen Themen der Bundespolizei stehen. Eine Übersicht.

	Michael Brand CDU Berichterstatler für die Bundespolizei	Andrea Lindholz CSU Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und Heimat	Uli Grötsch SPD Stellvertretender innenpolitischer Fraktions Sprecher
Polizeizulage	Das wäre schön und populär. Aber ehrlich ist, auch als Kämpfer für die Polizei auf die Probleme hinzuweisen. Eine Wiedereinführung wäre eine Privilegierung gegenüber Feuerwehr, THW und anderen. Es bestehen verfassungsrechtliche Bedenken, siehe Gleichheitsgebot in Art. 3 GG. Wir müssen also weitere Wege finden, um Attraktivität und Einkommen zu steigern. Deshalb findet sich das Thema Ruhegehaltstfähigkeit klar im Regierungsprogramm der CDU/CSU.	Ganz klar: Ja! Wir als CSU im Bundestag haben uns in dieser Frage auf unserer Klausurtagung im Januar eindeutig positioniert und dabei bleibt es. Man kann doch nicht den Verdienst im aktiven Dienst dauerhaft von der Versorgung im Ruhestand abkoppeln. Die Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage muss kommen. Zusammen mit der CDU haben wir sie jetzt in unserem Regierungsprogramm verankert und werden in der neuen Legislatur dafür streiten.	Nachdem der Bundestag im Juni die Polizeizulage um 20 Prozent erhöht hat, wären wir auch für die Wiedereinführung der Ruhegehaltstfähigkeit von Polizeizulagen offen gewesen. Leider hat das zuständige Bundesinnenministerium von Horst Seehofer es versäumt –, gemäß Auftrag des Rechnungsprüfungsausschusses – eine verfassungskonforme Reform des Zulagenwesens vorzulegen, in dessen Rahmen wir die Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage gerne geregelt hätten.
Kaufkraftausgleich	Einstiegsbezüge und Zulage haben wir in dieser Wahlperiode um 60 Prozent gesteigert, dazu kommen die Tarifierhöhungen. Das ist nicht wenig, es gab und gibt in Hochpreisregionen weiter Nachholbedarf. Das Problem stellt sich generell für alle, ob öffentlicher Dienst oder private Wirtschaft. Und auch hier stellt sich wieder die Frage, ob das mit einem Kaufkraftausgleich oder mit anderen Instrumenten besser geht. Es braucht eine Lösung, die angemessen und rechtlich nicht angreifbar ist.	Das Problem in teuren Regionen wie zum Beispiel München ist mir bekannt. Da muss auf jeden Fall etwas passieren, gerade auch mit Blick auf die Berufsanfänger in den niedrigeren Besoldungsstufen bzw. Entgeltgruppen. Wir haben in dieser Legislatur die Einstiegsbezüge und die Polizeizulage um insgesamt 60 Prozent erhöht. Zudem gab es zwei Tarifierhöhungen von insgesamt 10 Prozent. Insofern ist in puncto Bezahlung richtig viel passiert. Leider wird das aber durch die Mietpreisentwicklung in manchen Regionen teilweise aufgeessen. Deswegen müssen wir auch an dieses Thema ran.	Wohnraumknappheit ist DIE soziale Frage unserer Gegenwart. Entsprechend entwickeln sich die Mietpreise in den Ballungszentren in nicht bezahlbare Höhen. Deshalb bin ich für einen Kaufkraftausgleich in angespannten Regionen.
Wochenarbeitszeit	Beim Bund gilt der TVöD, da kommt man auf durchschnittlich 39 Stunden. Die Bundesländer haben unterschiedliche Regelungen. Ich finde schon, dass wir auf Bundesebene in den vergangenen Jahren eine ganze Menge unternommen haben, um Belastung zu senken und Attraktivität zu steigern. Wir sind da nicht am Ende, zum Beispiel die Überstunden bleiben ein Thema. Hier haben wir auch in der kommenden Wahlperiode noch Aufgaben zu erledigen.	Natürlich verstehe ich, dass Gerechtigkeitsfragen auftauchen, wenn man Tür an Tür sitzt und der eine früher gehen kann als der andere. Andererseits genießen die Beamtinnen und Beamten gegenüber Tarifbeschäftigten auch gewisse Vorteile. Wichtig ist, glaube ich, dass wir uns auch noch mal das Thema Langzeitkonten genauer ansehen. Trotz der massiven Stellenaufwüchse bei der Bundespolizei gibt es enorme Überstunden. Diese sollten möglichst flexibel ausgeglichen werden können. Das würde insbesondere den Familien helfen.	Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind für eine Absenkung der Wochenarbeitszeit auf Tarifniveau. Dies ist unter anderem auch wegen der über eine Million bereits angesammelten Überstunden nur möglich, wenn entsprechend mehr Beamtinnen und Beamte eingestellt werden.
Tariffbereich	Attraktivität ist ein absolutes Querschnittsthema. Das reicht von Inhalten in Ausbildung und Dienstalltag über praktische Befugnisse bis zu Arbeitszeit und Bezahlung. Das ist für mich ein Dauerthema, weil Attraktivität auch immer am gesellschaftlichen Umfeld und der Belastung abgeglichen werden muss. Das sollte man nicht in schnellen drei Punkten abarbeiten; mir fallen Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Durchlässigkeit zwischen den jeweiligen Gruppen unter anderem ein. Wie gesagt, es ist ein Querschnittsthema.	Mit guter Ausbildung, beruflichen Perspektiven und konsequenter Weiterbildung kann man hier viel erreichen. Bei der Bezahlung ist wie schon gesagt einiges passiert. Wir haben in unserem Wahlprogramm viele Ideen, wie man den öffentlichen Dienst attraktiver machen kann. Explizit betonen wir auch die Ausbildung bei der Polizei. Und das sollten wir auch und besonders auf die Tarifbeschäftigten bei der Polizei beziehen. Hier müssen auch ein paar veraltete Vorstellungen abgeschafft werden. Natürlich gibt es bei der Polizei auch hochwertigere Tätigkeiten, für die man keine Schusswaffe braucht.	Wir wollen einen leistungsfähigen Staat. Dazu gehören qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihnen müssen vernünftige Arbeitsbedingungen geboten werden, sowohl als Tarifbeschäftigte als auch im Beamtenverhältnis. 1. Wir wollen, dass Arbeit mit Leben und Familie vereinbar ist. 2. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für bessere Vernetzung und Austausch nutzen. Dadurch entlasten wir Personal, auch um mehr Zeit für wesentliche Aufgaben zu gewinnen. 3. Wir wollen die Grundgehälter vor allem in den unteren Stufen anheben und die Besoldungs- und Gehaltsstrukturen modernisieren.
Dienststellen	Im Rahmen der Reform des BPolG haben wir an diesem konkreten Punkt in den letzten Monaten intensiv gearbeitet. Ganz offen: Die Unterbringung ist an nicht wenigen Stellen eine echte Zumutung, um nicht mehr zu sagen. Das geht so schlicht nicht. Es war höchste Zeit, festzuschreiben diese unsäglichen Zustände endlich zu beenden. Dass dann der Bundesrat diese zwischen Bundestag und Bundesregierung intensiv beratene und wichtige Novellierung hat scheitern lassen, ist wirklich kein Ruhmesblatt. Unser BPolG ist alt und vielfach untauglich, es stammt aus einer Zeit vor dem Internet, ohne Smartphones und vieles andere, was heute die Innere Sicherheit herausfordert. Es braucht nach dieser guten Vorarbeit zwingend einen weiteren Anlauf. Da bin ich kampfbereit, weil die Bundespolizei alle Unterstützung verdient hat.	Der Zustand mancher Dienststellen ist wirklich beschämend. Ich konnte mir davon auch schon selbst ein Bild machen. Deswegen wollten wir mit unserer Reform des Bundespolizeigesetzes Unternehmen wie die Deutsche Bahn dazu verpflichten, die Einrichtungen der Bundespolizei in einem guten Zustand zu überlassen und sie während der gesamten Nutzung in diesem Zustand zu erhalten. Das sollte so wortwörtlich im Gesetz stehen. Spätestens bis 2023 sollte es eine Evaluation geben. Jetzt haben die Länder das Gesetz im Bundesrat scheitern lassen. Das ist ein unglücklicher Rückschlag. Aber wir geben nicht auf und werden das Thema in der neuen Wahlperiode erneut anpacken. Es muss doch möglich sein, das Bundespolizeigesetz von 1994 zu modernisieren und die Bundespolizei flächendeckend vernünftig unterzubringen.	Die SPD unterstützt Maßnahmen zur schnellen Verbesserung der Situation in Unterkünften. Hierfür brauchen wir neben strafferen und effizienteren Verfahren auch ein Liegenschaftsprogramm des Bundes, um zum Beispiel notwendige Sanierungen voranzubringen. Auch auf Bahnhöfen/Flughäfen sind dringend verbindliche Standards für angemessene Diensträume für die Bundespolizei notwendig. Die Novelle des Bundespolizeigesetzes, in der wir explizite Vorgaben gemacht haben, ist leider im Bundesrat durch die Bundesländer, auch durch Bayern, gestoppt worden. Das bedauere ich persönlich sehr.

Unser Fragenkatalog



- [1]** Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- zulage – ja oder nein?
- [2]** Sind Sie für einen Kaufkraftausgleich für Hochpreisregionen?
- [3]** Wenn es nach Ihnen ginge: Wann wird die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf Tarifniveau abgesenkt?
- [4]** Können Sie uns drei Punkte nennen, wie Sie die Attraktivität des Tarifbereichs in der Bundespolizei steigern möchten?
- [5]** Wie stehen Sie zur Unterbringung der Bundespolizei in angemessenen und modernen Dienststellen und zu einer Verpflichtung der BImA und DB zur schnellen Umsetzung?

	Dr. Irene Mihalic Bündnis 90/Die Grünen Innenpolitische Sprecherin der Fraktion	Konstantin Kuhle FDP Innenpolitischer Sprecher der Fraktion	Petra Pau Die Linke Vizepräsidentin des Bundestags
Polizeizulage	Ganz klares Ja. Wir haben in dieser Wahlperiode zweimal den Antrag gestellt, die Polizeizulage wieder ruhegehaltstauglich zu machen. Leider sind beide Initiativen am Widerstand der Großen Koalition gescheitert, was wir sehr bedauern. Für uns ist die Wiedereinführung der Ruhegehaltstauglichkeit der Polizei- zulage ein Ausdruck von lebenslanger Wertschätzung. Die Belastungen des Polizeiberufs wirken über die aktive Dienstzeit hinaus und das soll gewürdigt werden. Dafür werden wir uns auch in der neuen Wahlperiode einsetzen.	Der Polizeidienst muss angemessen und auskömmlich besoldet werden. Dazu gehört die Polizeizulage als besonderer Ausgleich für die Erschwernisse des Dienstes. Deswegen hat die FDP beiden Erhöhungen, 2020 und 2021, zugestimmt. So wichtig ein angemessenes und auskömmliches Ruhegehalt ist, so richtig ist es, seine Höhe anhand der Grundbesoldung und nicht anhand der Zulagen zu bemessen. Es erschließt sich auch nicht, warum ausschließlich die Polizeizulage für die Bemessung des Ruhegehalts berücksichtigt werden soll, während beispielsweise Zulagen im Bereich der Bundeswehr oder der Nachrichtendienste nicht ruhegehaltstauglich sind oder waren. Das gesamte Zulagenwesen sollte einer kritischen Überprüfung unterzogen und bei Bedarf weiter reformiert werden.	Wir wollen die Polizeizulage wieder ruhegehaltstauglich machen. Sie ist Anerkennung besonderer Belastungen im Dienst, die auch nach dem aktiven Dienst fortwirken. Die Ruhegehaltstauglichkeit ist auch eine Frage der Gerechtigkeit – andere Zulagen, die vor allem der Personalbindung dienen und nicht einmal besondere Belastungen ausgleichen, sind ebenfalls ruhegehaltstauglich.
Kaufkraftausgleich	Ebenfalls ein klares Ja. Andernfalls werden wir ein Problem haben, die Stellen bei der Bundespolizei gerade in Hochpreisregionen weiterhin zu besetzen, besonders mit Blick auf junge Kolleginnen und Kollegen am Anfang ihres Berufslebens und auf junge Familien. Für sie wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir haben natürlich auch wohnungspolitisch noch einiges im Programm, nichtsdestotrotz ist es für uns wichtig, die Zahlungsfähigkeit auch durch einen direkten Kaufkraftausgleich wieder herzustellen.	Ja, die Bundesregierung hätte den nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nötigen Kaufkraftausgleich für Hochpreisregionen im Zuge der Besoldungsanpassungen des Jahres 2021 mit regeln sollen.	Wir unterstützen die Forderung nach einem Kaufkraftausgleich. Dass die Koalition ihre Zusagen an dieser Stelle nicht umgesetzt hat, ist sehr enttäuschend. Wir sehen aber auch strukturelle Probleme, gerade am Wohnungsmarkt. Hier muss der Bund endlich seiner Verantwortung nachkommen und brachliegende Flächen – auch solche der Bahn – für kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau zur Verfügung stellen, um günstigen Wohnraum zu schaffen.
Arbeitszeit	Wir sagen, dass wir in jedem Fall eine Arbeitszeitverkürzung brauchen, runter von 41 Stunden auf 38 Stunden pro Woche. Da müssen wir zu einer Annäherung an die Länder kommen und dadurch die Belastung senken. Das wird natürlich eine Herausforderung, da muss man ehrlich sein. Wenn man sich den aktuellen Überstundenberg in der Bundespolizei ansieht, der wird natürlich nicht kleiner, wenn man die Wochenarbeitszeit reduziert. Aber dafür muss es eine Lösung geben.	Mit der Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten bei der Bundespolizei von 39 auf 41 Stunden im Jahr 2006 war die Ankündigung verbunden, dass die Erhöhung bei einer verbesserten Haushaltslage zurückgenommen wird. Wenn die Haushaltslage es zulässt, sollte dieses Versprechen eingelöst werden.	Beim Thema Arbeitszeit steht für uns die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden an erster Stelle, und zwar für alle Beamtinnen und Beamten des Bundes. Aus unserer Sicht sollte es auch weiter einheitliche Regelungen zu Überstunden, Überstundenausgleich, Langzeitarbeitskonten geben, auch wenn nicht alle Beschäftigten gleich betroffen sind. Bei Langzeitarbeitskonten braucht es differenzierte Regelungen, die vor allem den Beschäftigten Flexibilität garantieren und sie zugleich vor Überlastung schützen.
Tarifbereich	Der Tarifbereich ist ein ganz wichtiger Sektor. Wir haben gerade über eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei den Beamtinnen und Beamten gesprochen. Das darf natürlich nicht zulasten der Tarifbeschäftigten gehen. Auch dort müssen die Wochenstunden auf ein ähnliches Niveau abgesenkt werden. Das wäre der erste Punkt. Als zweiten Punkt müssen wir auch im Tarifbereich über Langzeitkonten sprechen. Und drittens benötigen wir eine Angleichung der Tarifverträge, die die Fragmentierung beendet. Ein bundeseinheitlicher Tarifvertrag würde dafür sorgen, dass die gute Arbeit, die überall im Land geleistet wird, auch überall gut bezahlt wird.	Offene Stellen müssen zügig besetzt werden. Die technische Ausstattung muss verbessert werden. Während der Pandemie erprobte Modelle, wie etwa die Arbeit von zu Hause aus, müssen nach der Krise verstetigt werden, soweit sie mit dem konkreten Aufgabenbereich der Beschäftigten vereinbar sind.	Kleine Anfragen der Linke zeigen: Die Bundespolizei bildet kaum eigenes Personal aus, obwohl in vielen Bereichen Tarifbeschäftigte gebraucht werden, um den Vollzugsdienst von Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Wie im gesamten öffentlichen Dienst muss die Eingruppierung realistisch sein und den Anforderungen entsprechen – immer häufiger hören wir von Eingruppierungen unterhalb der vorhandenen und geforderten Qualifikation. Damit muss Schluss sein, die öffentliche Hand darf sich nicht auf Kosten ihrer Beschäftigten gesunden. Das Problem der Eingruppierung muss generell mit den Tarifpartnern angegangen werden.
Dienststellen	Die Bahn, obwohl privatisiert, ist zu 100 Prozent in Bundeshand. Deswegen muss sie verpflichtet werden, geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die aktuellen Räumlichkeiten entsprechen einfach in vielen Fällen nicht dem Standard und sind teilweise auch in einem sehr schlechten Zustand, nicht nur technisch, sondern auch baulich und generell von der Ausstattung her. Daher müssen Räumlichkeiten geschaffen werden, die als Dienstort angemessen sind – und die auch für die Bürgerinnen und Bürger einfach zugänglich sind. Oft sind die Räumlichkeiten nämlich so am Rande des Bahnhofs gelegen, dass man sie nur schwer findet.	Die Unterbringung der Bundespolizei in angemessenen und modernen Dienststellen ist auch ein Zeichen des Respekts für die Arbeit der Beschäftigten. Deswegen sind die im Zuge der geplanten Novelle des Bundespolizeigesetzes für diesen Bereich vorgesehenen Schritte richtig und konsequent.	Zentrales Problem bleibt hier aus unserer Sicht die Privatisierung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur. Bahnhöfe fungieren in dieser Logik als Einkaufszentren mit Gleisanschluss, in denen die Bundespolizei dann nur die hinterletzte Ecke zugewiesen bekommt, während die Bahnhofsmissionen teilweise schon gar nicht mehr in den Bahnhöfen zu finden sind. Hier sollte es aus unserer Sicht unmittelbaren Zugriff der öffentlichen Hand geben, um erkennbare und modernen Standards entsprechende Dienststellen einrichten zu können und weitere Anlaufstellen für Menschen, die dringend Hilfe und Unterstützung brauchen.

Aufstellung: GdP Bezirk Bundespolizei. Alle Angaben ohne Gewähr. Kein Anspruch auf Vollständigkeit. Einige Antworten mussten für diese Übersicht gekürzt werden. Alle Antworten der Sommergespräche in Originallänge auf www.gdp-bundespolizei.de.



www.zoll-2022.de

FOLLOW THE MONEY

GdP Zoll legt Konzept zum Aufspüren krimineller Vermögen vor

Schon der legendäre US-Finanzbeamte Elliot Ness wusste, dass das Prinzip „Follow The Money“ der Schlüssel ist, um große Mafiabosse wie Al Capone zur Strecke zu bringen und damit auch deren brutales Geschäftsmodell von Schmuggel, Mord und Erpressung.

Frank Buckenhofer

Vorsitzender GdP Zoll und stellvertretender Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei



Auf ihrer Website www.zoll-2022.de stellt die GdP Zoll ihr Konzept für neue Organisations- und Behördenstrukturen des Zolls vor.

Wenn „Verbrechen darf sich nicht lohnen“ nicht bloß eine politische Worthülse bleiben oder sein soll, muss dem Prinzip „Follow The Money“ deutlich mehr Beachtung geschenkt werden. Genau deshalb wird eine der zentralen Forderungen der Gewerkschaft der Polizei an die kommende Bundesregierung sein, mit einer Finanzpolizei der Organisierten Kriminalität, dem Terrorismus und den immer globaler operierenden Schmugglern und Steuerhinterziehern den Garaus zu machen. Neben den üblichen und aufwendigen polizeilichen Strukturermittlungen führen nämlich auch konsequent durchgeführte Finanzermittlungen zu den Drahtziehern dieser Formen übler Kriminalität. Die Einziehung inkriminierter Vermögen ist oft sogar effektiver und für die Täter bedrohlicher und ärgerlicher als ein vorübergehen-

des Leben im Gefängnis in demokratischen und rechtsstaatlichen Ländern, die die Menschenrechte achten.

Für eine moderne Finanzpolizei

Die Forderung der GdP nach einer Finanzpolizei ist 20 Jahre alt und daher nicht mehr neu. Aber sie ist immer noch aktuell. Die jüngsten Entwicklungen bei der Bekämpfung der Geldwäsche, der Organisierten Kriminalität, der Terrorismusfinanzierung und auch bei den immer raffinierter werdenden Formen der Steuerhinterziehung verlangen sehr deutliche Antworten der Politik, die sie in den vergangenen Jahrzehnten schuldig geblieben ist. Dem kriminellen Bereichern im gigantischen Ausmaß muss der Staat aus sozial- und rechtsstaatlichen Gründen drin-

gend etwas entgegengesetzt, wenn er nicht in Kauf nehmen möchte, dass äußerst vermögende kriminelle Parallelgesellschaften in allen sozialen Schichten entstehen und in deren Folge das Vertrauen in die Ordnung des Staates schleichend schwindet. Gegen dieses Gift im Staat legt die GdP jetzt rechtzeitig zu den zu erwartenden Koalitionsverhandlungen im Bund ein konkretes Konzept für eine moderne Finanzpolizei im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vor, das sowohl einen Gesetzentwurf als auch die nötigen Organisations- und Behördenstrukturen (mehr unter www.zoll-2022.de) sowie die Ausstattung mit Personal und Sachmitteln vorsieht.

Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse des Zolls bündeln

Kern der strategischen, rechtlichen, behördlichen und sachmittelgerechten Neuausrichtung ist die Bündelung aller vollzugspolizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste in örtlichen Zollfahndungsdirektionen unter dem Dach der Bundesoberbehörde Zollkriminalamt (ZKA), die als Finanz- und Polizeibehörden mit besonderen Aufgaben hybrid aufgestellt sind. Der Gesetzentwurf der GdP (Zollfahndungsdienstgesetz/NEU) bündelt dazu die polizeilichen Aufgaben und Befugnisse des Zolls möglichst in diesem neuen Gesetz. Der Entwurf wird zudem um zwei weitere zentrale Aufgaben nebst den hierzu erforderlichen Befugnissen ergänzt. Zum einen wird die Aufgabe der präventiven Finanzermittlung benannt. Sie umfasst zum Zweck der vorläufigen Sicherstellung zu deren späterer Einziehung das Aufspüren von Sachen, Gegenständen und Rechten ungeklärter Herkunft, die zur präventiven Bekämpfung von Geldwäsche, zur Aufdeckung von unbekanntem Steuerfällen und Fällen von Terrorismusfinanzierung, zur Auffindung von Vermögen aus Straftaten sowie zur Verhinderung der Nutzung inkriminierter Vermögen, entdeckt werden. Zum anderen soll das ZKA zu einer Zentralstelle für das Auskunfts- und Nachrichtenwesen zwischen den Steuerfahndungen der Länder und dem Zoll ausgebaut werden. Das ZKA wäre dann eine Art Bundeskriminalamt (BKA) der Finanzbehörden. Damit hätten BKA und ZKA ein vollständiges Lagebild über wirklich alle Straftaten. ■



6. BEZIRKSSENIORKONFERENZ

Präsent auch im Ruhestand

Dieter Schneider

Schriftführer Seniorengruppe GdP-Bezirk Bundespolizei



Foto: Seniorengruppe GdP-Bezirk Bundespolizei

Der neu gewählte Vorstand (v. l.): Peter Schütrumpf, Petra Ehm, Reinhold Schuch, Roland Braun, Dieter Schneider

Am 7. und 8. Juli 2021 fand in Bad Hersfeld die 6. Bezirksseniorenkonferenz unter dem Motto „Präsent auch im Ruhestand“ statt. Neben 37 Delegierten und dem geschäftsführenden Bezirksseniorenvorstand konnte die Versammlungsleitung als Gäste unter anderem Andreas Roßkopf, den Vorsitzenden des GdP-Bezirks Bundespolizei, Michael Rudolph, den DGB-Vorsitzenden von Hessen und Thüringen, sowie den stellvertretenden GdP-Bundesseniorenvorsitzenden Ewald Gerk begrüßen. Nach den Grußworten der Gäste markierte der Rechenschaftsbericht über die vergangenen vier Jahre den Auftakt zur inhaltlichen Debatte. Der amtierende Bezirksseniorenvorsitzende Peter Schütrumpf ging in seinem Wortbeitrag auf einzelne Punkte besonders ein. Dabei sprach er neben allem Positiven unter anderem auch kritisch an, dass er in einigen Punkten der Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorstand noch Entwicklungspotenzial sehe.

Nach einer kurzen Aussprache und der einstimmigen Entlastung des Bezirksseniorenvorstandes standen die Neuwahlen des geschäftsführenden Bezirksseniorenvorstandes an. Peter Schütrumpf wurde in geheimer Wahl mit fast 95 Prozent der Delegiertenstimmen im Amt bestätigt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Delegierten Reinhold Schuch und zum Schriftführer Dieter Schneider. Als Beisitzer komplettieren fünf

Petra Ehm und Roland Braun den neuen geschäftsführenden Bezirksseniorenvorstand.

Der Höhepunkt des ersten Tages waren die Ehrungen. Gemeinsam mit Andreas Roßkopf konnte Peter Schütrumpf drei anwesende Mitglieder ehren, die aus dem Vorstand ausgeschieden waren: So wurde Peter Gaunitz (DG Berlin Brandenburg) für seine Tätigkeit im Bezirksseniorenvorstand geehrt, ebenso wie Wolfgang Kubik (DG Bundespolizeiakademie), zwölf Jahre lang stellvertretender Vorsitzender, sowie Werner Wigger (DG Küste), der ebenfalls zwölf Jahre lang als Beisitzer im Bezirksseniorenvorstand aktiv gewesen ist.

Wie bei jeder Konferenz stellte die Antragsberatung schließlich einen der wichtigsten Veranstaltungsteile dar. Insgesamt lagen den Delegierten 19 Anträge vor, über die es abzustimmen galt. Im Leitantrag ging es einerseits um eine „Werbestrategie“, um Mitglieder auch über den aktiven Dienst hinaus in der GdP zu halten, und zum anderen um die Erstellung eines Betreuungskonzeptes für Seniorinnen und Senioren, wie es bereits in der 5. BSK beschlossen worden war. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Drei weitere Anträge befassten sich mit unterschiedlichen Berechnungen der Mitgliedsbeiträge. Auch diese Anträge wurden angenommen. Ebenso die Anträge zum ÖPNV, zur echten Rente mit 63, zur Direktabrechnung zwischen Krankenhaus und Beihilfe, Pflegeleistungen und Kosten. ■

KOLUMNE BEKLEIDUNG & AUSSTATTUNG

Wiedereinführung einer Bekleidungskommission

Steffen Ludwar

Vorstand GdP-Bezirk Bundespolizei

Was stellen wir uns darunter vor? Wir möchten, dass unser Bekleidungs-system und unsere – übrigens wirklich gute – Bekleidung ganzheitlich betrachtet werden. Ist es wirklich notwendig, dass wir alle Bekleidungsartikel in diesem Umfang haben?

Hier möchte ich aus eigener Erfahrung zwei kleine Beispiele nennen. In der Bundesbereitschaftspolizei hatten alle PVB jeweils fünf Hemden kurz und fünf Hemden lang. Von diesen Artikeln habe ich beim Wechsel auf die heutigen blauen Uniformen drei Langarm- und zwei Kurzarmhemden noch original verschweißt an das Ausstattungslager Hundstadt zurückgeschickt. Diese wurden dann dort vernichtet. Weiterhin haben alle PVB einen Anorak, der über 300 Euro kostet – und wenn wir mal ehrlich sind: Wie oft haben wir diesen seit dem Erhalt angezogen?

Hier regen wir an, die Bekleidungskommission (besetzt mit Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen) neu einzusetzen. Auch darf hier das Personal der Service- oder Bekleidungsstelle nicht vergessen werden, denn das ist unser Fachpersonal, das sich am besten mit den Artikeln auskennt. Sinnvoll ist es auch hier, Synergieeffekte zu nutzen, zum Beispiel die MKÜen mit einzubeziehen, wenn man die Bundesbereitschaftspolizei betrachtet. Durch Einsparungen an der einen Stelle können an anderer Stelle neue, seit einiger Zeit geforderte Artikel eingeführt werden, zum Beispiel eine Fleecejacke.

Habt ihr Anregungen hierzu? Dann schreibt uns an einsatzerfahrungen@gdp-bundespolizei.de. ■



Foto: GdP/Steffen Ludwar



Aus den Kreis- und Direktionsgruppen

GdP-SENIORENGRUPPE PIRNA

Zur Bundesgartenschau in Erfurt mit Bauhaus in Weimar

Wie es im Leben so spielt, nicht alles geht nach Plan. Dies traf auch für unsere bereits 2019 geplante und im Jahresprogramm 2020 vorgesehene mehrtägige Fahrt nach Erfurt zu. Das 45. Krämerbrückenfest musste 2020 aus Pandemiegründen ausfallen. Schnell entschieden wir, die Planung für den Besuch des größten Altstadt-fests Thüringens auf 2021 zu verschieben, doch auch dies wurde letztlich am 25. Mai 2021 von der Stadt Erfurt abgesagt ...

Wolfgang Fischer

GdP-Seniorengruppe Pirna

Alternativ wurden die reiselustigen Seniorinnen und Senioren auf den Besuch der Bundesgartenschau in Erfurt eingeschworen. Und dank der positiven Entwicklung zum Pandemiegeschehen konnten wir dann vom 18. bis 20. Juni 2021 unter dem Motto „Der Sachse liebt das Reisen sehr“ endlich wieder mit 35 Teilnehmern auf Tour gehen.

Ereignisreicher erster Erfurt-Tag

Als Erstes statteten wir der seit 1685 bestehenden und in zehnter Generation geführten Kakteenzucht Haage einen Besuch ab. Bevor dann alle Erfurt ganz eigenständig erkunden konnten, hatten wir uns mit zwei Stadtführern verabredet. Zu Beginn der Führung brachten sie zum Ausdruck, dass sie froh seien, nach Monaten des Stillstands endlich wieder Touristen durch die Stadt führen zu können. Auf ihre ganz eigene Art brachten sie unseren zwei

Gruppen den ausgewählten historischen Kurzabriss und die sehr wechselvolle Geschichte der Stadt nahe. Nach diesem erlebnisreichen und zugleich anstrengenden Tag waren alle froh, am späten Nachmittag im zentrumsnahen Hotel „Radisson Blue“, von den Zimmern Besitz zu ergreifen. Eine wohltuende erfrischende Dusche im Hotel weckte die Lebensgeister wieder für den Abendbummel in die Altstadt zum individuellen Abendbrot.

Am zweiten Tag Ausflug zur BUGA

Für den Samstag stand der ganztägige Ausflug zur BUGA in Erfurt auf dem Programm. Gartenschauen haben in Erfurt seit 1865 Tradition. Diese wurde mit der Internationalen Gartenbauausstellung (IGA) auch in der DDR gepflegt. Der Garten Thüringens, der EGA-Park, als Hauptbestandteil der BUGA 2021 zeigte bei strahlendem Sonnenschein die blühen-

den und zum Teil völlig neu gestalteten Areale mit prächtigen Blumen und Stauden. Je nach Interesse durchstreiften wir das Gelände. Unser Kollege Peter Rheingans als gelernter Gärtner war voll in seinem Metier und erklärte so manches Detail der Blumen- und Pflanzenwelt bis hin zur lateinischen Bezeichnung. Und auch ein Abstecher zum Petersberg hoch über der Stadt musste sein. Die geschichtsträchtige Zitadelle Petersberg aus dem 17. bis 19. Jahrhundert, eine der größten und weitgehend erhaltenen barocken Stadtfestungen in Mitteleuropa, wurde für die BUGA allumfänglich umgestaltet.

Zum guten Schluss: „Das Bauhaus und die Moderne“ in Weimar

Weimar mit einer Stadtführung unter dem Motto „Das Bauhaus und die Moderne“ war der Plan für den Sonntag, bevor es in Richtung Heimat gehen sollte. Neben der Geschichte des 1919 gegründeten Bauhauses gebührte die Aufmerksamkeit auch dem Nationaltheater, in dem die Nationalversammlung die Reichsverfassung der Weimarer Republik erarbeitet und verabschiedet hatte. 1857 erschuf der sächsische Bildhauer Ernst Rietschel das Denkmal vor dem Nationaltheater mit Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller. Das Goethehaus und der Park an der Ilm wurden in der kurz bemessenen individuellen Freizeit gestreift und auch ein Mittagsimbiss sollte nicht fehlen. Ein Gruppenbild vor der Abreise aus Weimar gehört, schon traditionsgemäß, natürlich immer dazu, wenn die Seniorinnen und Senioren der GdP auf Reisen sind. ■





GdP-KREISGRUPPE BREMEN

Überraschung geglückt

Magnus Post

Vorsitzender GdP-Kreisgruppe Bremen



Foto: GdP-Kreisgruppe Bremen

Eine gelungene Überraschung konnte der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Bremen seinem Seniorenbetreuer bereiten. Anlässlich der im Rahmen der Sitzung des Gesamtpersonalrats bei der Bundespolizeidirektion Hannover durchgeführten GdP-Fraktionssitzung konnte Magnus Post dem Kollegen Dirk Steinert im Beisein zahlreicher GdP-Mitglieder aus allen vier Kreisgruppen die Jubiläumsurkunde sowie einen Präsentkorb für 40-jährige Mitgliedschaft überreichen und seinen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen. Dirk Steinert konnte 1991 durch einen vielen Mitgliedern gut bekannten Angehörigen aus der Nachbarhundert-

schaft der Abteilung Uelzen zum Eintritt in die damals stark aufwachsende Gewerkschaft der Polizei bewegt werden. Der Name des Kollegen ist übrigens Jörg Radek.

Als überzeugter Gewerkschafter ist Dirk Steinert in verschiedenen Funktionen im Personalrat Bremen tätig gewesen, bevor eine Freistellung für den Gesamtpersonalrat in Hannover erfolgte. In weiteren Ehrenämtern betreut Dirk Steinert die Seniorengruppe aus Bremen, ist Mitglied des Bezirkskontrollausschusses und wird bei Bedarf durch das Verwaltungsgericht Lüneburg als ehrenamtlicher Richter in der Disziplinarkammer herangezogen. ■

GdP-KREISGRUPPE NRW NORD

Überzeugter Gewerkschafter

Karin Himmel

Vorsitzende Kreisgruppe NRW Nord

Nachdem er selbst die GdP-Kreisgruppe NRW Nord 18 Jahre lang als Vorsitzender geführt hat, wurde Jürgen Gerdes – inzwischen Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe NRW – nun von seiner Nachfolgerin Karin Himmel für seine 40-jährige Mitgliedschaft in der GdP geehrt.

Nicht nur eine Flasche Wein, die Urkunde sowie die Ehrennadel wurden überreicht – jedes Jubiläumsmittglied der GdP-Kreisgruppe NRW Nord erhält auch ein sehr persönliches Präsent, wie in diesem Fall einen Dinner-Gutschein für Wohnmobilisten. ■



Foto: GdP-Kreisgruppe NRW Nord

GdP-KREISGRUPPE FLUGDIENST

Danke Stefan

Christian Schreiber

GdP-Kreisgruppe Flugdienst

Am 30. Juni 2021 wurde unser langjähriger Kollege und GdP-Vertrauensmann Stefan Maiweg in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Im Rahmen dieser Feierstunde wurde ihm von seinem Nachfolger Dietmar Kepper ein



Foto: GdP-Kreisgruppe Flugdienst

„Fuldataler Flachgeschenk“ für seine langjährige Treue und Funktion als Vertrauensmann der GdP-Kreisgruppe Flugdienst der

BPOL Fliegerstaffel Fuldatal überreicht. Alles Gute und Gesundheit für den kommenden Lebensabschnitt. ■

**DP – Deutsche Polizei**
Bundespolizei

ISSN 0949-2836

Geschäftsstelle

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
Telefax (0211) 7104-555
www.gdp-bundespolizei.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion

Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
info@gdp-bundespolizei.de
Saskia Galante
Telefon (0211) 7104-514
galante@gdp-bundespolizei.de

Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität aller Inhalte trotz sorgfältiger Prüfung ohne Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Artikel gekürzt und redigiert zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen in der Verantwortung des Autors. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise, nur mit expliziter Genehmigung.